

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 26.04.2011

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr – 17:22 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Wessler

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	10	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Dr. Dieter Füsslein
Herr Martin Kohlmann
Herr Hans-Peter Lohse
Herr Detlef Müller

Fraktion FDP
Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
CDU-Ratsfraktion
SPD-Fraktion

Urlaub
dienstlich
privat
Urlaub

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche

CDU-Ratsfraktion

17:01 Uhr, TOP 6.1,
dienstlich

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler
Herr Jürgen Konrad
Herr Klaus Möstl
Herr Thomas Scherzberg
Herr Heiko Schinkitz
Frau Verona Schinkitz
Herr Martin Schmidt
Herr Falk Ulbrich

SPD-Fraktion
Fraktion FDP
SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
Fraktion DIE LINKE
Fraktion DIE LINKE
BÜNDNIS 90/Die Grünen
CDU-Ratsfraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Margitta Hochmuth
Herr Michael Wirth

CDU-Ratsfraktion
SPD-Fraktion

i. V. für Herrn Lohse
i. V. für Herrn Müller

sachkundige Einwohner

Herr Udo Ehrhardt
Herr Bernhard Herrmann
Herr Frank Heymann
Herr Johannes Richter
Herr Bernd Weber

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop Amtsleiter Amt 61
Herr Bernd Gregorzyk Amtsleiter Amt 66
Frau Susann Michel Sachbearbeiterin Abt. 66.6

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Bürgermeisterin Wessler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt, warum in der Tagesordnung kein Tagesordnungspunkt zur Verkehrsführung Bergstraße aufgenommen sei.

Frau Bürgermeisterin Wessler sagt, dass zu diesem Sachverhalt unter dem TOP „Mündliche Informationen der Verwaltung“ informiert werde.

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor. Diese ist somit bestätigt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 29.03.2011
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie ist somit genehmigt.

- 4 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss
-

- 4.1 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/22 Adelsberger Höhe
Vorlage: B-061/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-061/2011

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/22 Adelsberger Höhe, Beschlussnummer B-469/2009 vom 01.12.2009 wird wie folgt geändert:

- Die Teilfläche des Flurstückes 786/43 der Gemarkung Adelsberg umfasst eine Fläche von 1,36 ha. Der räumliche Geltungsbereich wird durch die Planzeichnung (Anlage 3 der Beschlussvorlage) bestimmt.
- Geändertes Planungsziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets gemäß § 4 BauNVO.
- Der Bebauungsplan soll nunmehr im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) weitergeführt werden.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 09/22 Adelsberger Höhe, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom Dezember 2010 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

4.2 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 10/10 "Haardt",
Röhrsdorf
Vorlage: B-086/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Frau Bürgermeisterin Wessler informiert, dass der Ortschaftsrat Röhrsdorf angehört wurde und der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt habe.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-086/2011

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf der Ergänzungssatzung Nr. 10/10 "Haardt", Röhrsdorf (Anlage 3) sowie die Begründung (Anlage 4 der Beschlussvorlage) werden in der Fassung vom 18.02.2011 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

- 4.3 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/23 "Am Aberggrund"
Vorlage: B-089/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt nach der verkehrstechnischen Lösung, da ein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten sei und die Situation somit schwierig werde.

Herr Bonitz (Architekturbüro Bonitz) stellt anhand von Folien dar, dass mit der Bebauung kein Qualitätssprung in der Art erfolgen werde, dass ein wesentlich höheres Verkehrsaufkommen entstehe. Im Bereich des Reiterhofes seien keine weiteren Veränderungen geplant, da lediglich neun Einfamilienhäuser hinzukämen.

Beschluss B-089/2011

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/23 Wohngebiet Aberggrund, Beschluss Nr. B-472/2009 des Planungs- und Umweltausschusses vom 01.12.2009, wird wie folgt geändert:
 - Der räumliche Geltungsbereich beinhaltet nunmehr folgende Flurstücke der Gemarkung Rottluff:
das im Aufstellungsbeschluss benannte Flurstück Nr. 1/1 sowie hinzukommend die Nrn. 2/2, 2/3, 3 (Teilfläche) und 328 (Teilfläche).
 - Neues Planungsziel ist die Entwicklung eines sonstigen Sondergebiets gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Wohnen mit Pferden".

(Planungsziel gemäß Aufstellungsbeschluss: Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets gemäß § 4 BauNVO)
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 09/23 "Am Aberggrund", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage, sowie die Begründung gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage werden in der Fassung vom 10.03.2011 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 5 Informationsvorlage an den Stadtrat
-

- 5.1 Regelung der Sommerreinigung und des Winterdienstes auf städtischen Flächen (Anlieger- und Eigentümerpflichten der Stadt)
Vorlage: I-008/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**, was GMH bedeute, erklärt **Frau Bürgermeisterin Wesseler**, dass die Ämter 65 und 17 zusammengelegt wurden und diese Struktureinheit nun Gebäudemanagement und Hochbau, abgekürzt GMH, heiße.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bezieht sich auf die in Anlage 1, Seite 4 genannten Vergabemöglichkeiten und möchte wissen, welcher Zeitraum einer Vergabe langfristig angestrebt werde.

Frau Bürgermeisterin Wessler führt aus, dass Vergaben jährlich oder zweijährig erfolgen können und die genannte angestrebte Vergabeart zwei Jahre umfassen sollte.

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Verkehrsuntersuchung Schloßberg

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erläutert, dass das Ziel der Verkehrsentwicklungsplanung nicht allein die Bergstraße, sondern im Wesentlichen das gesamte Gebiet des Schloßberges war.

Frau Michel (Sachbearbeiterin Abt. 66.6) legt anhand einer Präsentation die Ziele und Ergebnisse des Verkehrsversuchs dar. Sie erläutert die Straßenführung während des Verkehrsversuchs und entsprechende Veränderungen daraus. Sie informiert, dass der Verkehrsversuch intensiv begleitet wurde. So gab es viele Zählungen und Erhebungen vor und während des Versuchs, es gab viele Bürgerhinweise und viele Anregungen wurden abgewogen. Sie informiert, dass aus den Verkehrsbeobachtungen viele Missachtungen der Umleitung und Missachtung gesperrter Einfahrten aufgezeichnet wurden. Es ist festzustellen, dass durch den Verkehrsversuch keine wesentliche Verkehrsberuhigung erzeugt werden konnte. Die Verkehre konnten jedoch so geordnet werden, um zumindest für die Betroffenen eine starke Entlastung des Verkehrs zu erreichen.

Die Bürgerhinweise bezogen sich vor allem auf die starke Belastung der untergeordneten Straßen und erhebliche Belästigungen durch erhöhte Verkehrsbelastung im Bereich Salzstraße und Schloßteichstraße.

Sie stellt die Vorschläge zu Maßnahmen aus dem Verkehrsversuch dar:

- ⇒ Beibehaltung Vorfahrtsregelung Schloßteichstraße unter Befahrung des Hechlerberges im Zweirichtungsverkehr sowie Querungshilfe Schloßteichstraße (Insel)
- ⇒ Beibehaltung der Einbahnstraßenregelung Bergstraße für den stadtwärtigen Verkehr
- ⇒ Ordnung der Zufahrt Winklerstraße zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs – Lärmschutzrechtliche Prüfung einer Strecken-30
- ⇒ Deckensanierung der Matthesstraße und Anbindung der Rechtsabbieger an die Leipzigerstraße zur Entlastung des Gebietes
- ⇒ Maßnahmen zur sicheren FG-Querung, Geschwindigkeitsanpassung und Verkehrsberuhigung im Gebiet

Herr Gregorzyk informiert über ein Gespräch mit Anwohnern, welche für den Verkehrsversuch waren als auch mit Anwohnern, welche kritisch dazu stehen und sagt, dass beide Seiten als gemeinsame Auffassung das grundsätzliche Ziel des Verkehrsversuches, eine Verkehrsberuhigung des Schloßviertels zu erreichen, begrüßen und das dies weiter verfolgt werden solle. Er unterrichtet über die unterschiedlichen Auffassungen zum Versuch.

Abschließend informiert **Herr Gregorzyk** darüber, dass in der 2. Maiwoche die geänderte Verkehrsführung eingeführt werde. Im Sommer dieses Jahres werde ein Vorschlag unterbreitet, wie der Schloßberg zukünftig verkehrstechnisch gestaltet werden könnte.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt, wann das Haus an der Ecke Matthesstraße abgerissen werde. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Matthesstraße eine Brücke sei und ob das Befahren mit unbegrenzter Tonnage überhaupt zulässig und sicher sei.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Bereitstellung der Präsentation. Auch möchte er wissen, ob der öffentliche Verkehr angestiegen sei.

Herr Gregorzyk erklärt zur Frage von Herrn Möstl zur Matthesstraße, dass geprüft werden könne, ob eine kurzfristige Öffnung möglich sei. Eine Tonnageeinschränkung in der 1. Stufe sei nicht erforderlich.

Frau Bürgermeisterin Wesseler informiert zum Haus an der Matthesstraße, dass es derzeit zwei Alternativen zu diesem Gebäude gäbe.

Herr Gregorzyk informiert zur Frage der Verkehrsbelastung, dass es hierzu eine Statistik der letzten 10 Jahre gäbe und diese an jede Fraktion ausgereicht werden könne.

Parken in der Innenstadt

Zum Angebot von Park- und Stellplätzen in der Innenstadt wurden zwei Pläne ausgereicht.

Bauzeitenplan Hartmannbrücke

Herr Gregorzyk informiert, dass die Verkehrsfreigabe der Hartmannbrücke am 21.09.2011 erfolgen solle. Ecktermine könnten den ausgereichten Unterlagen entnommen werden.

ÖPNV-Bevorrechtigung

Hierzu wurden Unterlagen ausgereicht. **Herr Gregorzyk** bemerkt, dass die zusätzlich für das Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung gestellten 100.000 € genutzt wurden, einen Fördermittelantrag auf 70 %ige Förderung zum Verkehrsmanagement zu stellen.

Reparatur Winterschäden

Herr Gregorzyk führt aus, dass in den ausgereichten Listen Maßnahmen aufgeführt seien, welche sich in der Vorbereitung bzw. Ausschreibung befänden. Es sei eine Liste der Möglichkeiten Winterschäden zu beseitigen, sofern Fördermittel durch den Freistaat bereitgestellt werden würden. Diese Bereitstellung sei allerdings kritisch zu hinterfragen, da ggf. andere Fördermittelanträge dadurch nicht bewilligt werden.

Zum Widmungsverfahren wurden Unterlagen ausgereicht.

Chemnitzer Modell

Herr Gregorzyk sagt, dass der VMS am 28.06.2011 im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zur 1. Stufe des Hauptbahnhofs und zur Fahrzeugbeschaffung informieren werde. Zur Straßenraumgestaltung solle im Zusammenhang mit einer Beratungsvorlage zum Chemnitzer Modell eine Abstimmung erfolgen.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Hochmuth (CDU-Ratsfraktion) fragt, warum zu EDEKA-Märkten vier Beschlussvorlagen im Stadtrat behandelt wurden, eine weitere zum EDEKA-Markt an der Frankenberger Straße jedoch nicht.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) fragt zur Barrierefreiheit im Bürgerhaus am Wall, warum durch den Behindertenbeirat angemahnte Veränderungen bisher noch nicht umgesetzt wurden und wie seitens der Verwaltung diesbezüglich Druck auf den Bauherren ausgeübt werden könne.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt dass die Maßnahme durch die SE 17 begleitet wurden und sie Herrn Bürgermeister Brehm bitten werde, über die abschließende Meldung zu informieren.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt nach dem aktuellen Stand und dem voraussichtlichen Bauende des Fußweges Erzberger Straße. Ferner möchte er wissen, ob die Verkehrssicherheit eines Gebäudes in diesem Bereich geprüft wurde.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sichert die schriftliche Beantwortung der Frage von Frau Hochmuth zu.

Zur Frage von Herrn Scherzberg informiert **Herr Gregorzyk**, dass der Gehweg Mitte Mai frei gegeben werde. Die Frage zur Verkehrssicherheit des Gebäudes werde mitgenommen.

- 7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wessler schließt die Sitzung.

03.05.2011 *Wessler*
Datum Petra Wessler
Vorsitzende
des Ausschusses

03.05.2011 *Möstl*
Datum Möstl
Mitglied
des Ausschusses

04.05.2011 *Schinkitz*
Datum Schinkitz
Mitglied
des Ausschusses

02.05.2011 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin